

„Überreichtum gefährdet die Demokratie“

Der Ökonom Martin Schürz sieht in Überreichtum eine Bedrohung für die Demokratie. Der Buchautor und Psychotherapeut erklärt im Interview mit Julia Schönherr, warum er für eine gesellschaftliche Debatte über eine Obergrenze für Reichtum plädiert.

Armut und Reichtum bedingen einander. Warum wird mehr über Armut gesprochen als über Reichtum?

Es wird nicht zuletzt mehr über Armut gesprochen, weil es da eine viel bessere Datenlage gibt. Mindestsicherungsempfänger müssen ihre Einkommens- und Vermögenssituation offenlegen, sie haben ein Schonvermögen von ein paar tausend Euro. Bei Reichtum ist das anders, es gibt sehr wenig zuverlässige Daten zu Vermögen.

Sie verwenden den Begriff Überreichtum, warum?

Der Begriff Reichtum hat etwas Changierendes. Er bewegt sich zwischen Gut und Böse. Daher bevorzuge ich den Begriff Überreichtum, der von vornherein negativ besetzt ist. Armut ist ein Übel. Kein Mensch argumentiert, dass Menschen verhungern sollen. Deshalb braucht es einen Gegenbegriff, der auch negativ

besetzt ist. Und Armut und Überreichtum müssen gemeinsam verstanden werden, sie können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden. Überreichtum kann angesichts eklatanter Armut nicht vernünftig begründet werden.

Ist die Frage von Überreichtum dann eine moralische oder ethische Frage?

Wenn Menschen verhungern, während andere Milliarden besitzen, ist das klar eine Ungerechtigkeit und wird viele Menschen moralisch empören. Aber moralische Fragen werden von Menschen unterschiedlich beantwortet. Für mich ist es moralisch empörend, dass es so reiche Menschen gibt, wenn gleichzeitig andere um die Mindestsicherung betteln müssen. Nur meine Moral muss sich nicht mit der Moral von anderen Menschen decken. Deswegen möchte ich die Frage nicht im Moralischen belassen. Ich argumentiere in meinem Buch, Überreichtum passt nicht zu einer Demokratie.

Welches Spannungsverhältnis gibt es zwischen Überreichtum und Demokratie?

Es ist ein mehrfaches Spannungsverhältnis. Erstens haben vermögende Menschen mehr Möglichkeiten, den politischen Prozess zu beeinflussen – etwa über Förderungen, durch Wahlkampfspenden und „unabhängige“ Denkfabriken. Sie können Eigentümer von Medien werden und versuchen, die öffentliche Stimmung in eine bestimmte Richtung zu lenken. Und alleine dieser Möglichkeitshorizont bringt schon eine Schiefelage. Ein armer Mensch hat ungleich weniger Möglichkeiten, den politischen Prozess zu beeinflussen. Man kann daher nicht von politischer Gleichheit sprechen. Zweitens haben reiche Menschen andere Präferenzen. Sie sind zum Beispiel für eine Senkung der Körperschaftssteuer und gegen eine Erbschafts- und Vermögenssteuer. Dinge wie das öffentlich

finanzierte Gesundheitssystem und Teilhabechancen für arme Menschen sind ihnen weniger wichtig. Der Sozialstaat ist generell jenen Menschen, die davon abhängen, wichtiger. In diesem Sinne bringt Überreichtum eine Schiefelage in eine Gesellschaft. Und diese ist nicht korrigierbar, indem man darauf hinweist, dass es auch sehr nette reiche Menschen gibt – Philanthropen etwa. Die soziale Distanz zwischen unten und oben ist zu groß. Es zerreißt eine Gesellschaft, wenn es keine gemeinsame Lebenswelt von Menschen mehr gibt.

[Ab wann ist für Sie jemand überreich?](#)

Ich gebe keine Grenze an. Ich plädiere dafür, dass es eine öffentliche Debatte darüber geben muss. Für mich liegt auf der Hand, dass die Milliarden der Milliardäre nicht gerechtfertigt sind. Das heißt, die Grenze liegt für mich darunter. Aber wo genau diese Grenze zu liegen hat, das muss die Gesellschaft demokratisch festlegen, nicht irgendein Experte. Ich denke, dass hier das Expertenwissen aufhört und eine gesellschaftliche Debatte notwendig ist.

[Verstehen wir überhaupt, was Reichtum wirklich bedeutet?](#)

Man denkt bei Reichtum oft an Luxusartikel wie Champagner, Perlenketten, Luxusautos, Yachten und Privatflugzeuge. Wenn man sich das Vermögen von wirklich reichen Menschen jedoch anschaut, dann ist das nur ein Bruchteil. Eine 300-Millionen-Yacht ist bei einem Vermögen von zehn Milliarden nichts. Die meisten Menschen verwechseln zudem Millionen und Milliarden. Diese Summen sind nicht mehr vorstellbar. Darum weicht man relativ schnell auf Einkommens-themen aus. Das heißt, die Gerechtigkeitsdebatte wird nach unten gerichtet, auf Vergleiche von Mindestsicherungsbeziehern und Mindestpensionisten. Es wird in verachtender Weise abgelenkt.

Denn soziale Gerechtigkeit müsste von ganz unten bis ganz oben in der Gesellschaft ausgeleuchtet werden. Die zentrale Frage lautet, was wir einander schulden. Dann könnte man nicht behaupten, dass der eine halt zehn Milliarden und der andere gar nichts haben soll.

[Was halten Sie von dem Ruf nach Eigentum als Armutsvorsorge?](#)

In Österreich ist der Anteil an Miet-, Genossenschafts- und Gemeindewohnungen hoch. Das ist etwas Gutes, denn es heißt, Menschen haben Alternativen zu Privateigentum.

Margaret Thatcher hat in den 1980er Jahren mit der sogenannten „housing revolution“ die britische Gesellschaft verändert, indem sie aus Mietern Eigentümer machte. Eigentum verändert Menschen und deren Klassenbewusstsein. Dabei hat man von der Gemeindewohnung, die man kauft, anstatt sie zu mieten, ja nicht mehr. Man wohnt dort. Vorher hat die Wohnung der Stadt Wien gehört, danach gehört sie einem selbst. Es ändert sich nichts außer das Bewusstsein, dass man etwas Besseres ist als jene, die das nicht haben. Und dieses Bewusstsein, dass Eigentum einen definiert und herverhebt, ist etwas sehr Problematisches.

[In welchem Verhältnis stehen Vermögen und Sozialstaat?](#)

In einem funktionierenden Sozialstaat, braucht man eigentlich kein Vermögen. Das wird erst dann wichtig, wenn man für alles selbst zahlen muss. Dann braucht es relativ hohe Ersparnisse etwa für die Schulbildung der Kinder, für die Altersvorsorge und für Gesundheitsfragen.

[Was für eine Rolle spielen Erbschaften für Vermögen?](#)

Erben hat im Feudalismus eine zentrale Rolle gespielt, weil die Aristokratie ein Geburtsprivileg hatte, das nicht in Frage gestellt werden durfte. Im 20. Jahrhundert ist dann eine zentrale Rechtfertigung von Ungleichheit gewesen, dass es um Arbeit geht und um jenen Erfolg, der aus Leistung resultiert.

Was man aus Vermögensdaten sehen kann, ist, dass Erbschaften im 21. Jahrhundert in der Vermögensanhäufung wieder an Bedeutung gewinnen. In Österreich gibt es schon seit über einem Jahrzehnt keine Erbschaftssteuer mehr. Wenn Erbschaften privilegiert werden, indem sie nicht besteuert sind, haben jene einen enormen Startvorteil, die aus entsprechenden Familien kommen. Das weist auf eine Gesellschaftsform hin, in der Erben und Familienbande wieder wichtiger werden.

[Wer gegen die Erbschaftssteuer ist, argumentiert, dass das Vermögen schon besteuert wurde, und beruft sich auf das Leistungsprinzip. Was sagen Sie dazu?](#)

Mehrfachbesteuerung ist die Regel. Wer Arbeitseinkommen bezieht, zahlt Einkommenssteuer und wenn er danach einen Artikel im Supermarkt kauft, zahlt man darauf Mehrwertsteuer. Bei der Erbschaftssteuer ist es im Gegenteil so, dass sie beim Erben zum ersten Mal anfällt. Jene, die dagegen argumentieren, schauen auf die Vererbenden, nicht auf die Erben. Erben ist keine Leistung. Leute, die gegen eine Erbschaftssteuer sind, berufen sich notgedrungen auf die Leistung ihrer Eltern. Aber die ist nicht vererbbar. Vererbbar sind Geld und Sparbücher, aber nicht die Leistung.

[Eine Erbschaftssteuer reicht jedoch nicht aus, um die Vermögensverteilung gerechter zu gestalten. Was sind andere Instrumente?](#)

Instrumente sind einerseits Vermögenssteuern, wobei wichtig ist, dass die Steuersätze hoch und progressiv ausgestaltet sind, dass also höheres Vermögen stärker besteuert wird als niedrigeres. Andererseits plädiere ich für eine demokratisch legitimierte Grenzziehung bei der Höhe von privatem Vermögen. Ich gehe vom Ziel der Steuergerechtigkeit noch einen Schritt weiter zu gerechten Eigentumsverhältnissen. Einzementierte Eigentumsverhältnisse werden fast nie besprochen, sondern tabuisiert. Man sieht die Dramatik der ungleichen Eigentumsverhältnisse nicht, sondern kann sie nur ahnen. Denn Vermögenskonzentration basiert auf Erbschaften und Ausbeutung. Deshalb braucht es eine Diskussion über eine Grenzziehung, ab wann Reichtum schädlich wird. Viele Leute fürchten da bereits Enteignung. Privateigentum folgt aber einer Konvention. Es gibt Gesetze und staatliche Hilfestellungen. Letztlich sind das gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die einer breiten gesellschaftlichen Debatte bedürfen.

Martin Schürz ist Vermögensforscher, Buchautor und Psychotherapeut an der „Boje“. Sein Buch „Überreichtum“ erschien 2019 im Campus Verlag.

Julia Schönherr studierte Internationale Entwicklung und ist freie Journalistin in Wien.